



Open Access Repository
www.ssoar.info

**Rezension: Gabriele Wilde, Annette Zimmer,
Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.):
Civil Society and Gender Relations in Authoritarian
and Hybrid Regimes - New Theoretical Approaches
and Empirical Case Studies**

Pistor, Nora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pistor, N. (2019). Rezension des Buches *Civil society and gender relations in authoritarian and hybrid regimes: new theoretical approaches and empirical case studies*, hrsg. von G. Wilde, A. Zimmer, K. Obuch, & I.-C. Panreck. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 28(1), 161-163. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62748-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.)

Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies

NORA PISTOR

Der von *Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch* und *Isabelle-Christine Panreck* herausgegebene Sammelband „Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies“ schlägt einen systematischen Ansatz zur Analyse von Geschlechterverhältnissen in autoritären und hybriden Regimen vor und exemplifiziert diesen anhand von fünf Länderstudien mit unterschiedlichen politischen Systemen.

Der Einleitungsartikel analysiert – an aktuellen global-politischen Entwicklungen orientiert – die Begrifflichkeiten und die theoretische Verortung der Themen Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnisse in nicht-demokratischen Staatsformen. Zudem wird das Ziel des Bandes dargestellt, die existierenden theoretischen Ansätze zu überprüfen, konzeptionelle Rahmenbedingungen zu überdenken und zu einer Neuformulierung von Schlüsselkonzepten und -kategorien im Nexus dieser Forschungsthemen beizutragen. Insbesondere nicht-institutionelle und informelle Formen der Dominanz, wie beispielsweise „hierarchische Geschlechterordnungen“ und „traditionell-religiöse Geschlechterrollen“ (15, Übers. NP) oder generell der „soziale Raum“ (132, Übers. NP), sollen in die Untersuchung miteinbezogen werden.

Das erste Kapitel im theoretischen Teil von *Eva Maria Hinterhuber* und *Silke Schneider* stellt anhand von über 200 Forschungsbeiträgen der letzten zwei Dekaden die Ambivalenz und Multifunktionalität von Zivilgesellschaft für das Thema Gleichberechtigung in autoritären Regimen dar. Einerseits kann die Zivilgesellschaft von diesen Regimen genutzt werden, um die Diskriminierung von Frauen zu zementieren, andererseits bietet sie aber auch einen Möglichkeitsraum für Frauenbewegungen bzw. ist „der Ort, an dem der Kampf für Gleichberechtigung der Geschlechter stattfindet“ (31, Übers. NP). Zivilgesellschaft hat also gegenüber autoritären und hybriden Regimen sowohl stabilisierende als auch verändernde Wirkung.

Das folgende Kapitel von Zimmer beschäftigt sich instruktiv mit Akteur_innen, Funktionen und Formen von Zivilgesellschaft im Allgemeinen und in autoritären Regimen im Besonderen. Während eine aktive Zivilgesellschaft häufig als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Beteiligung gesehen wird, zeigt Zimmer, dass dies auch unter den nicht-demokratischen Bedingungen eines autoritären Regimes möglich ist, wie im Falle des Deutschen Reiches oder Chinas. Hier wird die Frage aufgeworfen, inwieweit zivilgesellschaftliche Akteur_innen die soziale

Integration und Harmonisierung im Regime fördern. Eher vage bleibt der Beitrag in Bezug auf das Verhältnis zur Kategorie „Gender“ und die Bedeutung für Geschlechterverhältnisse.

Wildes Kapitel schlägt angelehnt an post-strukturalistische Blickwinkel vor, den Fokus auf nicht-institutionelle Mechanismen der Dominanz und Macht in autoritären Systemen zu richten. Die Autorin entwickelt eine neue Kategorisierung für die Analyse von Ungleichheit und Exklusion, die sich an den vier Bereichen der organisierten Zivilgesellschaft, dem öffentlichen Raum, dem privaten Raum und spezifischen Wissensdiskursen orientiert. Die Herleitung, Abgrenzung und Interrelation der Kategorien ist gelungen und regt durch ihre theoriegeleitete Struktur zur Anwendung in Forschung und Praxisprojekten an, zum Beispiel als vertieftes Instrument einer Gender-Analyse in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Lediglich der übergreifende Charakter der Wissensdiskurse könnte noch deutlicher herausgestellt werden.

Gerade diese Kritik und den Bedarf weiterer Konkretisierung greift der Beitrag von Panreck auf. Die Autorin benennt drei Dimensionen der feministischen Analyse des Autoritarismus: Zunächst wird der Ansatz des „Framing“ beschrieben sowie in einem zweiten Schritt die Anwendung der post-strukturellen „Framing-Analyse“ auf Autoritarismus. In der letzten Dimension werden die theoretischen Ausführungen auf den Fall Serbiens angewandt. Hier zeigt die Autorin auf, wie beispielsweise durch die „Mutter der Nation“ (126, Übers. NP) strategisch-diskursive Geschlechterhierarchien geschaffen werden und wie diese Diskurse politisch instrumentalisiert werden. Zwar schlägt Panreck die Entwicklung einer „Toolbox“ (124) vor, um Wildes Konzept der Wissensdiskurse zu operationalisieren. Der gezeichnete Rahmen bleibt hierfür jedoch analytisch eng, weil er sich auf die „soziale Ebene“ (132, Übers. NP) konzentriert, dabei aber die Verflechtung mit institutionellen Wissensdiskursen, etwa in Bezug auf staatlich produzierte Geschlechterverhältnisse und -rollen vernachlässigt. Der zweite Teil des Buches präsentiert Fallstudien aus den Ländern Nicaragua (*Katharina Obuch*), Tunesien (*Gabriele Wilde* und *Jasmin Sandhaus*), Türkei (*Joyce Marie Mushaben*), China (*Stephanie Bräuer*) und Chile (*Patricia Graf*). Obuchs Kapitel zu Nicaragua ist eine Darstellung des kontrastierenden Dreiecks zwischen Frauenbewegung, traditionellen Genderrollen und institutionalisiertem Geschlechterverständnis. Die Rolle der Zivilgesellschaft wird hier zum einen beschrieben als „Motor der Veränderung“ (19, Übers. NP) und „demokratischer Wachhund“ (19, Übers. NP). Zum anderen fungiere Zivilgesellschaft auch umgekehrt als Verstärkung der traditionellen und antifeministischen Bewegungen: Sie könne auch unpolitisch Dienstleistungen erbringen oder sogar in enger, häufig undurchsichtiger Beziehung zur Regierung stehen und dieser zuarbeiten.

Wilde und Sandhaus stellen am Beispiel Tunesiens eine Analyse des Verhältnisses der Zivilgesellschaft (mit Fokus auf Frauenrechtsorganisationen) zur Staatsverfassung vor und beleuchten die Wichtigkeit, aber auch die im Ergebnis mangelnde Berücksichtigung der Forderungen nach Geschlechtergleichberechtigung. Methodisch

wird eine Untersuchung anhand des Verfassungstextes und des verfassungsgebenden Prozesses vorgenommen. Informelle Handlungen, namentlich Demonstrationen und die Nutzung sozialer Netzwerke, werden nur am Rande und in Bezug auf Zivilgesellschaft, nicht aber in Zusammenhang mit der Frauenrechtsbewegung erwähnt.

Ein innovativer Blickwinkel wird von Graf am Fallbeispiel Chiles eingenommen, der sich auf die Prozesse von zivilgesellschaftlicher Gender- und Frauenbewegung im Rahmen staatlicher Instrumentalisierung und politischer Institutionalisierung traditioneller Rollenbilder bis hin zu antifeministischen Narrativen in Chiles Transitionsprozess konzentriert. Die Autorin geht der Frage nach, wie Prozesse ermöglicht wurden, die feministische Forderungen geschwächt und zu deren Vereinnahmung durch staatliche Institutionen geführt haben. Der Beitrag beantwortet, warum eine feministische Bewegung nicht zur unmittelbaren Verbesserung der Frauenrechtssituation oder auch nur zu vermehrtem Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Staat führen muss und lenkt das Auge auf prozessinhärente Risiken – Erkenntnisse, die sich Frauenrechtsaktivistinnen zunutze machen können.

Insgesamt wird der Sammelband seinen selbst gesteckten Zielsetzungen nicht vollständig gerecht. Die zu Beginn entwickelte Kategorisierung von vier Bereichen für die systematische Analyse von Ungleichheit und Exklusion wird nur selektiv in den Länderstudien herangezogen.

Während Wert auf die Darstellung der Zivilgesellschaft in den theoretischen Konzeptionalisierungen und in der Empirie der Fallstudien gelegt wird, kommen Ausführungen zu nicht-institutionellen und informellen Strukturen der vergeschlechtlichten Machtverhältnisse zu kurz. Welche übergeordnete Bedeutung die Kategorie Gender in autoritären und hybriden Regimen hat, und welche Möglichkeiten zur Erreichung von Geschlechtergleichheit in welchen Prozessen von welchen Akteur_innen gesehen und genutzt werden können, bleibt in dieser Umfänglichkeit leider unbeantwortet, wenn die einzelnen Beiträge auch kontextspezifische Antworten zu liefern suchen. Vielleicht kann die Frage des „Warum“ fortbestehender ungleicher Geschlechterverhältnisse eben doch nur unter Berücksichtigung eines Vergleichs mit demokratischen Systemen beantwortet werden.

Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.), 2018: *Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies*. Leverkusen: Barbara Budrich Verlag. 269 S., ISBN 978-3-8474-0729-4.